

Heidelberger Schriften  
zum Wirtschaftsrecht und Europarecht

99

Elisa Degner

# Vorstandsinnenhaftung nach Kartellrechtsverstößen



**Nomos**

Heidelberger Schriften  
zum Wirtschaftsrecht und Europarecht

Herausgegeben von

Prof. Dr. Stefan J. Geibel, Maître en droit

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Peter Hommelhoff

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Peter-Christian Müller-Graff

Prof. Dr. Dirk A. Verse, M.Jur. (Oxford)

Band 99

Elisa Degner

# Vorstandsinnenhaftung nach Kartellrechtsverstößen



**Nomos**



Onlineversion  
Nomos eLibrary

**Die Deutsche Nationalbibliothek** verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Heidelberg, Univ., Diss., 2020

ISBN 978-3-8487-8050-1 (Print)

ISBN 978-3-7489-2439-5 (ePDF)

1. Auflage 2021

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2021. Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

## Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Wintersemester 2020 von der Juristischen Fakultät der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg als Dissertation angenommen und zum Druck freigegeben. Rechtsprechung und Literatur wurden bis Oktober 2019 berücksichtigt.

An dieser Stelle möchte ich mich bei meinem Doktorvater Herrn Prof. Dr. Peter-Christian Müller-Graff bedanken. Unser gemeinsames Interesse für das Wirtschaftsordnungsrecht ist das Fundament dieser Arbeit. Seine kritischen Fragen und weiterführenden Ideen haben mich bereits während des Studiums ebenso wie während meiner Zeit als wissenschaftliche Mitarbeiterin an seinem Lehrstuhl zum Nachdenken angeregt und waren persönlich und akademisch eine große Bereicherung.

Mein Dank gilt auch Herrn Prof. Dr. Peter Hommelhoff für seine Bereitschaft das Zweitgutachten zu erstellen.

Bei meinen Eltern, meiner Schwester und meinen außergewöhnlichen Freunden bedanke ich mich für die vielseitige Unterstützung. Schließlich danke ich besonders meiner Freundin Marina Leberz, deren Überzeugungskraft wesentlich zum initialen Entschluss und der erfolgreichen Fertigstellung dieser Arbeit beigetragen hat.

Tübingen, Februar 2021

Elisa Degner



## Inhaltsverzeichnis

Teil 1 Einführung	21
§ 1 Einleitung	21
§ 2 Gang der Untersuchung	23
Teil 2 Regresshaftung von Vorstandsmitgliedern nach § 93 Abs. 2 S. 1 AktG	25
§ 1 Einleitung	25
§ 2 Normadressaten des § 93 Abs. 2 S. 1 AktG – Beginn und Ende der Haftung	26
§ 3 Haftungsbegründende Voraussetzungen	27
A. Verhaltenspflichten des Vorstandsmitglieds	27
I. Treuepflicht	27
II. Sorgfaltspflicht	29
1. Allgemeines	30
2. Legalitätspflicht der Vorstandsmitglieder	33
a. Ausprägungen der Legalitätspflicht	33
b. Dogmatische Begründung der Legalitätspflicht	35
(1) Notwendigkeit einer dogmatischen Herleitung	35
(2) Schadensabwendungsgebot als dogmatischer Ursprung der Legalitätspflicht	36
(3) Aktienrechtliche Wertungen als dogmatischer Ursprung der Legalitätspflicht	37
(4) Normative Verankerung der Legalitätspflicht in § 93 Abs. 1 S. 1 AktG	38
c. Inhalt der Legalitätspflicht	38
(1) Rechtmäßiges Verhalten der Gesellschaft im Außenverhältnis	39
(2) Legalitätskontrollpflicht	40
(a) Dogmatische Begründung der Legalitätskontrollpflicht	40

*Inhaltsverzeichnis*

(b) Inhalt der Legalitätskontrollpflicht	41
(3) Pflichtenbindung bei unsicherer Rechtslage	45
(a) Vorschlag 1: Entlastung des Vorstands nach den Grundsätzen eines Rechtsirrtums	47
(b) Vorschlag 2: Entlastung des Vorstands durch Anwendung der Kriterien des § 93 Abs. 1 S. 2 AktG	47
(c) Konkrete Anforderungen an die Entlastung des Vorstands	50
(4) Pflichtenbindung bei nützlichen Rechtsverstößen	51
(a) Herrschende Ansicht im Schrifttum	52
(b) Stellungnahme	53
B. Verletzung einer Verhaltenspflicht	56
I. Irrelevanz der Verhaltensform	56
II. Ausschluss einer Pflichtverletzung nach § 93 Abs. 1 S. 2 AktG	57
1. Telos der Business Judgement Rule und Relevanz für die vorliegende Fragestellung	58
2. Voraussetzung einer Entlastung aufgrund § 93 Abs. 1 S. 2 AktG	59
3. Anwendung der Voraussetzungen im vorliegenden Kontext	62
III. Ausschluss einer Pflichtverletzung aufgrund Geschäftsverteilung	63
IV. Ausschluss einer Pflichtverletzung aufgrund Mehrheitsentscheidung	65
C. Verschulden	67
I. Eigenes Verschulden des Organwalters	67
II. Mitverschulden der Aktiengesellschaft	69
1. Versagen weiterer Organmitglieder	69
2. Mangelhafte Überwachung durch den Aufsichtsrat	70
3. Versagen weiterer Organmitglieder nach Ausscheiden des in Anspruch genommenen Vorstandsmitglieds	70
§ 4 Kartellbußgeldzahlung als nach § 93 Abs. 2 S. 1 AktG ersatzfähiger Schaden	73
A. Problemaufriss	73

B. Vorbemerkung/Allgemeines	75
I. Anwendbarkeit der §§ 249 ff. BGB	75
II. Umfang des Schadens – Abgrenzung des Ahndungs- vom Abschöpfungsteil des Bußgeldes	76
1. Im Ergebnis: Nichtersatzfähigkeit des Abschöpfungsteils der Kartellgeldbuße	77
2. Tragweite der Feststellung	81
III. Methodik	82
C. Teleologische Reduktion von § 93 Abs. 2 S. 1 AktG	84
I. Funktion und Voraussetzungen einer teleologischen Reduktion	84
II. Repressiver Schadensausgleich als Normzweck des § 93 Abs. 2 S. 1 AktG	85
III. Schadensprävention durch Verhaltenssteuerung als Normzweck des § 93 Abs. 2 S. 1 AktG	86
IV. Ergebnis zu C.	87
D. Schutzzweckzusammenhang	87
I. Funktion und Inhalt des Schutzzweckzusammenhangs	88
II. Anknüpfung an den Schutzzweck der Haftungs- und Verhaltensnorm	89
III. Zurechnungszusammenhang zwischen den Schutzzwecken des § 93 Abs. 2 S. 1 AktG und der Kartellbußgeldzahlung als Schaden	90
IV. Zurechnungszusammenhang zwischen den Schutzzwecken der verletzten Verhaltensnorm und der Kartellbußgeldzahlung als Schaden	91
1. Bestimmung der maßgeblichen Verhaltensnorm: Legalitätspflicht versus Kartellrecht	91
2. Vorliegen des Zurechnungszusammenhangs zwischen den Schutzzwecken des Kartellrechts und der Kartellbußgeldzahlung als Schaden	93
a. Schutzziele des Kartellrechts	93
b. Vereinbarkeit der Schutzziele des Kartellrechts mit der Regressfähigkeit einer Unternehmenskartellgeldbuße	94
V. Ergebnis D.	95

*Inhaltsverzeichnis*

E. Wertende Korrektur des Schadensbegriffs im Sinne der Differenzmethode	95
I. Begründung der Möglichkeit einer wertenden Korrektur: Fehlen eines einheitlichen, allgemeingültigen Schadensbegriffs	95
II. Voraussetzung einer wertenden Korrektur: Der Schadensbestimmung mittels der Differenzmethode entgegenstehende gesetzliche Wertungen	97
III. Wertungen des (Kartell-)Sanktionsrechts	98
1. Sinn und Zweck der (Kartell-)Geldbuße	99
a. Repressive Sanktionsfunktion	99
(1) Fortbestand der Zahlungsverpflichtung und persönlichen Betroffenheit der Gesellschaft	100
(2) Nachrangigkeit der repressiven Ahndungsfunktion	102
(3) Zwischenergebnis zu a.	102
b. Präventive Sanktionsfunktion	103
(1) Vereitelung der spezialpräventiven Sanktionsfunktion	103
(2) Vereitelung der generalpräventiven Sanktionsfunktion	107
(3) Zwischenergebnis zu b.	107
c. Gewinnabschöpfungsfunktion	107
d. Zwischenergebnis zu 1.	108
2. Höchstpersönlichkeit der (Kartell-)Geldbuße	108
a. Das Gebot der Höchstpersönlichkeit der Bebußung	108
b. Einschränkung des Geltungsumfangs der Höchstpersönlichkeit durch die bürgerlich-rechtliche und strafrechtliche Spruchpraxis	109
(1) Rechtsprechung des RG, des RAG und des BGH zum Geltungsumfang des Gebots der Höchstpersönlichkeit	109
(2) Rechtsprechung des BAG und der LAG zum Geltungsumfang des Gebots der Höchstpersönlichkeit	111
(3) Rechtsprechung der Strafgerichte zum Geltungsumfang des Gebots der Höchstpersönlichkeit	113

(4) Zusammenfassung: Kein Hineinwirken des Gebots der Höchstpersönlichkeit in die zivilrechtlichen Rechtsverhältnisse	114
c. Weitere Aspekte zum Geltungsumfang des Gebots der Höchstpersönlichkeit	116
(1) Parallelität zur Freiheitsstrafe	116
(2) Keine Vereitelung der Ratio des Gebots der Höchstpersönlichkeit durch die Regressmöglichkeit	117
d. Zwischenergebnis zu 2.	118
3. Individualität der Straf- und Bußgeldzumessung – Der differenzierte Bußgeldrahmen des § 81 Abs. 4 S. 1 und S. 2 GWB	119
a. Individualität der Straf- und Bußgeldzumessung im Straf- und Ordnungswidrigkeitenrecht	119
b. Unterschiedliche kartellsanktionsrechtliche Behandlung natürlicher und juristischer Personen bei der Bußgeldbemessung	120
c. Trennung des öffentlich-rechtlichen Sanktionsregimes vom privatrechtlichen Haftungsregime	122
d. Zwischenergebnis zu 3.	124
IV. Wertungen des Aktienrechts	124
1. Ausformung der Risiko- und Gewinnverteilung im Aktienrecht	124
2. Vereinbarkeit der aktienrechtlichen Risiko- und Gewinnverteilung mit der Regresshaftung	126
3. Zwischenergebnis zu III.	126
V. Gesamtrechtliche Wertung der Einheit der Rechtsordnung	126
1. Die Regressmöglichkeit, ein normativer Widerspruch?	127
2. Keine Widersprüchlichkeit zwischen der Sanktionierung der juristischen Person und der Regressmöglichkeit	128
3. Zwischenergebnis zu IV.	129
VI. Europarechtliche Wertungen	129
1. Die einseitige Betonung des Unternehmens im Unionskartellrecht als der Regressmöglichkeit entgegenstehende Wertung	129

*Inhaltsverzeichnis*

2.	Die Betonung des Unternehmens im Unionskartellrecht als Folge des Prinzips der begrenzten Einzelmächtigung	130
3.	Keine Beeinträchtigung der Effektivität des Unionskartellrechts durch die einzelstaatlich gewährte Regressmöglichkeit	131
4.	Akzeptanz der Sanktionierung natürlicher Personen auf nationalstaatlicher Ebene durch das Unionsrecht	133
5.	Zwischenergebnis zu V.	133
VII.	Ergebnis zu E.	134
F.	Zusammenfassende Bewertung des Urteils des LAG Düsseldorf vom 20.01.2015	135
I.	Zurückweisung eines Regressanspruchs für eine Unternehmenskartellgeldbuße durch das LAG Düsseldorf	135
II.	Methodische Schwäche des Urteils	136
III.	Darstellung und Bewertung der Entscheidungsgründe	137
1.	Vereitelung der Sanktionszwecke der Kartellgeldbuße durch die Regressmöglichkeit?	137
2.	Wirkungslosigkeit der Entscheidung des Normgebers zur Sanktionierung des Unternehmens in Kartellsachen durch die Regressmöglichkeit?	138
3.	Konterkarierung des Systems des differenzierenden Bußgeldrahmens des § 81 Abs. 4 GWB durch die Regressmöglichkeit?	139
4.	Bestätigung des Regressausschlusses durch die arbeitsgerichtliche Jurisdiktion?	139
5.	Unergiebigkeit der strafrechtlichen Jurisdiktion zur Strafvereitelung durch Dritteistung?	140
6.	Unergiebigkeit der zivilgerichtlichen Jurisdiktion in den Beraterfällen?	140
7.	Bestätigung eines Regressausschlusses durch die Zusammensetzung des Bußgeldes?	141
IV.	Resümee	142
G.	Das Revisionsurteil des BAG vom 29.06.2017	142
H.	Gesamtergebnis zur Regressfähigkeit einer Unternehmenskartellgeldbuße	143

§ 5	Das Kartellbußgeld als ersatzfähiger Schaden bei Akzeptanz des Bußgelds vor Abschluss der Ermittlungen der Kartellbehörde	144
A.	„Freiwillige“ Akzeptanz des Bußgeldes als Schadensminderungsmaßnahme im Sinne des § 254 Abs. 2 S. 1 BGB	145
B.	Einstandspflicht des Geschäftsführers bei Nichtvorliegen der Voraussetzungen des § 254 Abs. 2 S. 1 BGB	146
§ 6	Das Kartellbußgeld als ersatzfähiger Schaden bei Vorliegen mehrerer Kartellrechtsverstöße und einer Einigung mit der Kartellbehörde	147
A.	Verantwortlichkeit eines Vorstandsmitglieds für mehrere Kartellrechtsverstöße	147
B.	Verantwortlichkeit eines Vorstandsmitglieds für nur einen von mehreren ermittelten Kartellrechtsverstößen	148
I.	Haftungslage bei Einflussnahme der Einigung auf die Höhe des Bußgeldes	148
II.	Haftungslage bei Unberührtheit der Höhe des Bußgeldes durch die Einigung	149
C.	Resümee	150
§ 7	Weitere Schadensposten	151
A.	Rechtsberatungskosten	152
B.	Verfahrenskosten	153
C.	Schadensersatzzahlungen an kartellgeschädigte Dritte	153
D.	Kosten der unternehmensinternen Aufklärung	154
E.	Abschließende Bemerkung	155
§ 8	Kausalität und Schadenszurechnung	156
A.	Einleitung	156
B.	Zurechnung des Schadens bei aktiver und unmittelbarer Verletzung der Legalitätspflicht	156
C.	Zurechnung des Schadens bei Verletzung der Legalitätskontrollpflicht – Darlegungs- und beweisrechtliche Schwierigkeiten	159
I.	Notwendigkeit einer darlegungs- und beweisrechtlichen Erleichterung	159
II.	Zulässigkeit des Anscheinsbeweises	160
III.	Analoge Anwendung der Kausalitätsformel des § 130 Abs. 1 S. 1 OWiG	161
IV.	Anwendbarkeit der zivilprozessualen Beweiserleichterung des § 287 ZPO	163

*Inhaltsverzeichnis*

V. Zwischenergebnis zu C.	165
D. Ergebnis	166
Teil 3 Begrenzung des Haftungsumfangs	167
§ 1 Einführung	167
§ 2 Problemdarstellung – Notwendigkeit der Haftungsbegrenzung	168
A. Existenzvernichtende Haftung des Vorstands als rechtsformtypisches Problem	168
B. Grundsätzlich erfolgsunabhängige Organvergütung	169
C. Strenge Ausgestaltung der Organhaftung im Aktienrecht	169
D. Konterkarierung des Normzwecks der Business Judgement Rule	170
E. Keine versicherungsrechtliche Problemlösung	171
F. Relativierung der Gesamtproblematik	172
G. Zwischenergebnis zu § 2.	173
§ 3 Haftungsreduktion de lege lata	173
A. Rückgriff auf den im Kartellsanktionsrecht geltenden Haftungsrahmen	174
I. Vorschlag 1: Reduktion des Haftungsumfangs auf das Maß der persönlichen Bebußung im Außenverhältnis	174
II. Vorschlag 2: Heranziehung des § 81 Abs. 4 S. 1 GWB als Haftungsobergrenze	175
III. Widerspruch zu der grundsätzlichen Ersatzfähigkeit der Unternehmenskartellgeldbuße	175
B. Korrigierendes Verständnis der ARAG/Garmenbeck- Rechtsprechung des BGH	176
I. Ermessensspielraum des Aufsichtsrats bei der Entscheidung über eine Inanspruchnahme	176
II. Bloße Problemverlagerung auf die Ebene der Verfolgungspflicht des Aufsichtsrats	178
III. Keine Berücksichtigungsmöglichkeit der sozialen Konsequenzen	178
IV. Umgehung des § 93 Abs. 4 S. 3 AktG	179
V. Methodische Bedenken	180
VI. Zwischenergebnis zu B.	180
C. Statutarisch und einzelvertraglich vereinbarte Haftungsbegrenzungen	181
I. Statutarische Haftungsbegrenzungen als unzulässige Abweichungen im Sinne von § 23 Abs. 5 S. 1 AktG	181

II. Unzulässigkeit einer einzelvertraglichen Haftungsbegrenzung	183
III. Zwischenergebnis zu C.	184
D. Haftungsreduktion aufgrund der gesellschaftsrechtlichen Fürsorgepflicht	184
I. Vorschläge einer Haftungsreduktion de lege lata unter Heranziehung der gesellschaftsrechtlichen Fürsorgepflicht als dogmatische Grundlage	184
II. Ursprung und Inhalt der gesellschaftsrechtlichen Fürsorgepflicht	186
III. Stellungnahme	188
IV. Zwischenergebnis zu D.	189
E. Anwendbarkeit der Grundsätze der begrenzten Arbeitnehmerhaftung auf Vorstandsmitglieder	189
I. Übertragbarkeit der Wertung des betrieblichen Schadenspotenzials	191
II. Übertragbarkeit der Wertung des arbeitsrechtlichen Sozialschutzes	193
III. Methodische Bedenken	194
IV. Zwischenergebnis zu E.	196
F. Verfassungsrechtliche Grenze der Vorstandshaftung	196
I. Verletzung von Art. 3 Abs. 1 GG	196
II. Verletzung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes	197
III. Verletzung von Art. 12 Abs. 1 GG	198
IV. Anwendung der vom BVerfG entwickelten Kriterien zur Korrektur vertraglich übernommener Pflichten bei Überforderung des Einstandspflichtigen	199
V. Zwischenergebnis zu F.	201
G. Abschließende Bemerkung – Systematische Bedenken gegenüber einer Haftungsreduktion de lege lata	201
§ 4 Haftungsreduktion de lege ferenda – Rechtspolitische Perspektive	203
A. Öffnungsklausel für eine satzungsmäßige Modifizierung der Vorstandsinnenhaftung	204
B. Rechtliche Möglichkeit der Gewährung von Satzungsautonomie	205
I. Vereinbarkeit mit den Zielen der Organinnenhaftung	206
1. Vereinbarkeit mit der repressiven Wiedergutmachungsfunktion des § 93 Abs. 2 S. 1 AktG	206

*Inhaltsverzeichnis*

2. Vereinbarkeit mit der Präventivfunktion des § 93 Abs. 2 S. 1 AktG	207
II. Vereinbarkeit mit dem Sinn und Zweck der Satzungsstrenge	208
III. Vereinbarkeit mit § 93 Abs. 4 S. 3 AktG	209
1. Vereinbarkeit mit dem Regelungszweck ‚Vermögensschutz‘	211
2. Vereinbarkeit mit dem Regelungszweck ‚Schutz der Minderheitsaktionäre‘	211
3. Vereinbarkeit mit dem Regelungszweck ‚Verhinderung einer gegenseitigen Enthftung von Aufsichtsrat und Vorstand‘	212
4. Vereinbarkeit mit dem Regelungszweck ‚Sicherstellung der vollständigen Erfassung der Auswirkungen des schädigenden Verhaltens‘	213
5. Kein unmittelbarer Regelungszweck des § 93 Abs. 4 S. 3: ‚Gläubigerschutz‘	213
6. Zwischenergebnis zu III.	214
C. Konkrete inhaltliche Ausgestaltung der Abweichungsbefugnis de lege ferenda	214
I. Haftungsbegrenzung der Summe nach in Abhängigkeit von der Vergütung	215
1. Haftungsbegrenzung der Summe nach versus Anknüpfung an den Verschuldensmaßstab	215
2. Begrenzung in Abhängigkeit vom Vermögen versus Begrenzung in Abhängigkeit von der Vergütung versus absolute Haftungshöchstsumme	216
3. Höhe der Haftungsbegrenzung in Korrelation zur Vergütung	218
4. Zwischenergebnis zu I.	219
II. Ausschluss der Haftungsbegrenzung bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit	219
III. Keine Ausnahme von der Haftungsbegrenzung für Legalitäts- und Treuepflichtverstöße	221
IV. Erstreckung der Haftungsbegrenzungsmöglichkeit auf die Fälle des § 93 Abs. 3 AktG	222
V. Keine besondere Informationspflicht des Vorstands gegenüber der Hauptversammlung	224
VI. Zeitliche Begrenzung	226
VII. Zwischenergebnis zu C.	227

D. Versicherungsrechtliche Auswirkungen	229
I. Versicherungsrechtliche Ausgangslage	229
II. Notwendigkeit einer Modifizierung der versicherungsrechtlichen Lage im Falle der Öffnung der Satzung für Haftungsbeschränkungsklauseln	230
III. Reformperspektive	232
1. Gesetzliches Verbot der Versicherung des Selbstbehalts de lege ferenda	232
2. Verfassungsrechtliche Aspekte eines gesetzlichen Verbots der Versicherung des Selbstbehalts	234
IV. Zwischenergebnis zu D.	236
E. Haftungsreduktion de lege ferenda – Zusammenfassung	236
§ 5 Ergebnis und Ausblick	236
Teil 4 Anwendbarkeit der Grundsätze des Vorteilsausgleichs	238
§ 1 Einführung	238
§ 2 Fallgruppenbildung – Berücksichtigung des öffentlichen Interesses an der Rechtsbefolgung	239
A. Rechtliche Möglichkeit der Bildung einer eigenständigen Fallgruppe	240
B. Maßgebliches Kriterium: Das besondere öffentliche Interesse an der Rechtsbefolgung	241
§ 3 Anwendung der von der Rechtsprechung entwickelten Voraussetzungen des Vorteilsausgleichs auf Kartellrechtsverstöße	242
A. Kausalität und Adäquanz	243
B. Rechnungseinheit zwischen Schaden und Vorteil	243
C. Keine unbillige Entlastung des Schädigers und Zumutbarkeit der Anrechnung für den Geschädigten	244
D. Vereinbarkeit der Anrechnung mit dem Telos der Haftungsnorm	245
E. Zwischenergebnis zu § 3	247
§ 4 Kein Ausschluss der Vorteilsanrechnung wegen der gesetzgeberischen Wertung des § 33 c Abs. 1 S. 1 GWB	247
§ 5 Ergebnis	249

*Inhaltsverzeichnis*

§ 6	Junktum zwischen Vorteilsausgleich und kartellbehördlicher Ermessensausübung – Problemendarstellung und Lösungsvorschlag	250
A.	Darstellung der derzeitigen Rechtslage zur Gewinnabschöpfung im Kartellsanktionsrecht	250
B.	Problemendarstellung: Junktum zwischen Vorteilsausgleich und kartellbehördlicher Ermessensausübung	251
I.	Kein Vorteilsausgleich bei vorheriger Gewinnabschöpfung	251
II.	Die Abhängigkeit des Vorteilsausgleichs von der behördlichen Ermessensausübung	253
C.	Vorschlag einer rechtspolitischen Lösung	255
I.	Rückführung des § 81 Abs. 5 S. 1 GWB von einer Kann- in eine Soll-Vorschrift	255
II.	Vereinbarkeit der Ermessenskürzung mit dem europäischen Kartellsanktionsrecht	256
III.	Vereinbarkeit der Ermessenskürzung mit steuerrechtlichen Praktikabilitätsabwägungen	257
IV.	Einführung einer § 34 Abs. 2 GWB entsprechenden Regelung in § 81 Abs. 5 GWB	259
D.	Zusammenfassung und abschließende Bemerkung	260
Teil 5	Konkurrierende Ansprüche der Aktiengesellschaft	262
§ 1	Verhältnis des § 93 Abs. 2 S. 1 AktG zu anderen Haftungsvorschriften	262
§ 2	Haftung nach §§ 611 Abs. 1, 280 Abs. 1 BGB in Verbindung mit dem Anstellungsvertrag	262
§ 3	Deliktsrechtliche Haftung der Vorstandsmitglieder im Innenverhältnis	264
A.	Haftung aus § 823 Abs. 1 BGB	264
B.	Haftung aus § 823 Abs. 2 BGB in Verbindung mit kartellrechtlichen Vorschriften	265
C.	Haftung aus § 826 BGB	267
Annex:	Übertragbarkeit der vorstehenden Ausführungen auf die Haftungssituation von Aufsichtsratsmitgliedern	269
§ 1	Einleitung	269

§ 2 Regresshaftung von Aufsichtsratsmitgliedern nach §§ 116, 93 Abs. 2 S. 1 AktG	269
§ 3 Verletzung der Überwachungspflicht des Aufsichtsrats	270
§ 4 Verletzung der Pflicht zur Geltendmachung von Ersatzansprüchen gegen Vorstandsmitglieder	275
§ 5 Grundsätzliche Übertragbarkeit der für die Haftungssituation eines Vorstandsmitglieds erlangten Erkenntnisse auf Aufsichtsratsmitglieder	276
A. Grundsätzliche Ersatzfähigkeit eines Unternehmenskartellbußgeldes	276
B. Haftungsreduktion de lege ferenda zugunsten der Aufsichtsratsmitglieder	277
C. Anwendbarkeit des Vorteilsausgleichs	277
D. Ergebnis	278
Teil 6 Zusammenfassung und Ausblick	279
§ 1 Zusammenfassung in Thesen	279
§ 2 Ausblick	281
Literaturverzeichnis	283

